

Gute Engagementpolitik statt Anerkennungskultur!



Dr. Holger Krimmer

Der Aufmerksamkeit, die bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft in den letzten Jahren erfahren haben, ging die Einsicht voraus, dass es Staat und Markt im Alleingang nicht richten. Lebendige Demokratien und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind auf eigene Strukturen angewiesen. Erst wenn Bürgerinnen und Bürger sich in Vereinen und Bewegun-

gen, Netzwerken und Genossenschaften einbringen, entsteht der dichte Teppich demokratischer Tugenden und gemeinschaftlicher Orientierungen, der einer offenen Gesellschaft ihre Robustheit verleiht. Auch das Spektrum sozialstaatlicher Leistungen wäre ohne gemeinnützige Organisationen, ohne Altenheime, Pflegeeinrichtungen, Selbsthilfeszusammenschlüsse, Hospize und viele weitere Einrichtungen in gemeinnütziger Trägerschaft nicht denkbar. Hinzu kommt, dass Parteien längst nicht mehr allein die Organisation gesellschaftlicher Willensbildungsprozesse gewährleisten. Rückläufige Parteimitgliedschaften finden ihren Widerpart in Vereins- und Verbandsstrukturen, Bürgerinitiativen, einer zunehmenden Anzahl gemeinnützig organisierter Think-Tanks, themenanwaltshaftlichen Organisationen und politischen Stiftungen. Das Gros gesellschaftlicher Willensbildungsprozesse verläuft längst im Jenseits der Ortsvereinsstrukturen einer häufig überalterten Parteienlandschaft.

Ehrenamtskrise ist ein häufig gebrauchtes Schlagwort, wenn aktuelle Problemlagen von Vereinen beschrieben werden. Es wird dann darauf verwiesen, dass sich heute weniger Bürger engagieren als noch vor einigen Jahren. Doch so schlecht ist es um die Bereitschaft zum freiwilligen und unentgeltlichen Mittun nicht bestellt. Seit 1960 hat sich die Zahl der eingetragenen Vereine zumindest verfünffacht. Die Zuwachsraten bei den Stiftungen sind noch höher. Eine Studie des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, der Bertelsmann Stiftung und der Fritz Thyssen Stiftung hat jüngst gezeigt, dass heute weit über eine halbe Million gemeinnütziger Organisationen in Deutschland existieren. Den größten Teil stellen die 584.000 Vereine. Soll heißen: Wer sich heute zu einem Engagement an seinem Wohnort entschließt, hat die Qual der Wahl: Mentorenprogramme für sozial Benachteiligte und Freiwilligendienstprogramme für alle Generationen konkurrieren mit traditionellen Vereinsstrukturen und projektförmigen Engagements in sozialen Einrichtungen um die verbliebenen En-

gagementbereiten. Letztlich ist der Mangel, den so mancher Verein in den Reihen seiner Ehrenamtlichen beklagt, Resultat des Wachstums zivilgesellschaftlicher Strukturen, also Begleiterscheinung einer Erfolgsgeschichte.

Trotz aller Aufwertung gibt es seitens vieler Engagierter aber auch eine Wahrnehmung von Missachtung im Engagementalltag. Beispiele und Anlässe betreffen etwa das Auftreten von Kommunalverwaltungen, die – überspitzt gesprochen – frei von zierenden Kooperationsallüren manches Mal den Eindruck erwecken, als seien sie der erklärte Feind des lokalen Vereinswesens. Oder es geht um die Erfahrung von Sportvereinen, die in Kooperation mit Ganztagschulen wichtige Angebote bereitstellen, dann aber als Dienstleister abgetan werden und nicht in schulische Entwicklungsprozesse eingebunden werden. Initiativen klagen über die Unverhältnismäßigkeit des bürokratischen Aufwands, der mit der Verwaltung bereits kleiner Zuwendungen aus öffentlichen Kassen verbunden ist. Und wer ein öffentliches Vereinsfest ausrichten will, sieht sich mit einer Flut von Auflagen und Vorschriften konfrontiert – vom Veterinäramt bis zu entrichtenden Gema-Gebühren – bei deren Nichteinhaltung ein Vereinsvorstand im Extremfall persönlich haftet.

Diese wahrgenommene Missachtung und unnötige Erschwerung von Engagement und gesellschaftlicher Selbstorganisation wird man kaum durch eine Anerkennungskultur wettmachen können, die auf Auslobung von Preisen und Imagekampagnen setzt. Sie findet im Alltag statt und ist im Alltag zu lösen. Anerkennung und Wertschätzung bürgerschaftlichen Engagements muss daher heißen, eine Politik zu machen, die Engagierte ernst nimmt und ihnen keine Hindernisse in den Weg legt. Gute Engagementpolitik fördert einen vertrauensvollen Umgang von Bürgergesellschaft und Politik, indem sie unterstützende Rahmenbedingungen ins Werk setzt, auf kommunaler nicht anders denn auf nationaler Ebene. Eine solche Engagementpolitik ist dann selbst Ausdruck einer verinnerlichten Kultur der Anerkennung und Wertschätzung, die zu Engagement ermutigen vermag.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen

Dr. Holger Krimmer

Leiter Projekt Zivilgesellschaft in Zahlen

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen/Berlin